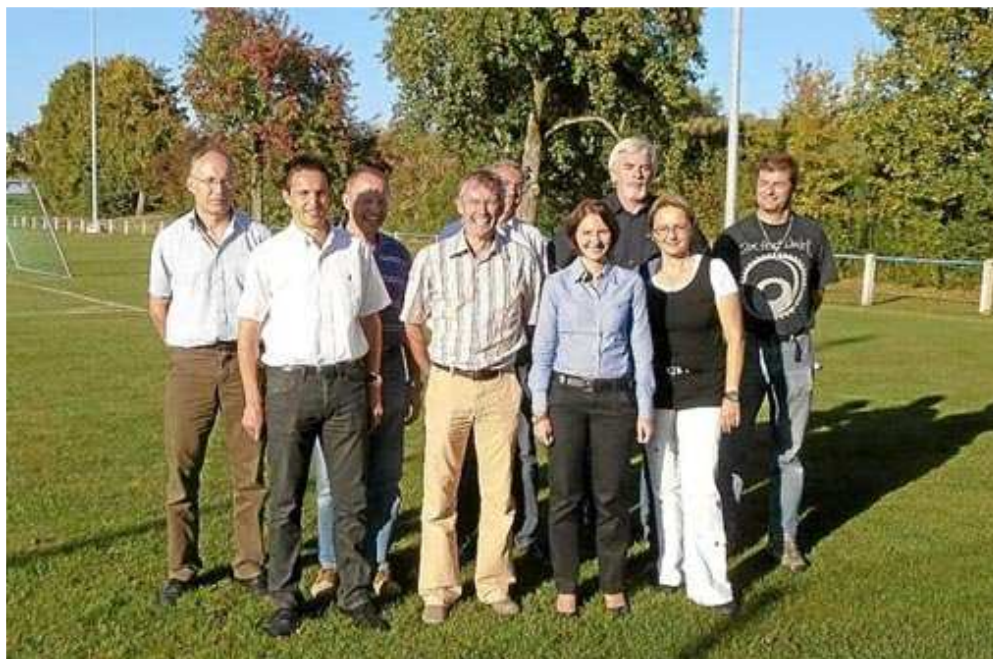


Schömberg

Grüne bei Bitzwald-Verfechtern

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 13.10.2011 um 09:55



Zuversichtlich: NAKU und Bürgerinitiative hoffen auf Unterstützung durch die grün-rote Landesregierung. Foto: privat

Schömberg/Rottweil-Zepfenhan - Der Bitzwald hat eine Lobby, und die Anliegen der Bürgerinitiative (BI) für dessen Erhalt stoßen auf offene Ohren: Sandra Boser, Landtagsabgeordnete der Grünen, kam in Begleitung weiterer Fraktionsmitglieder zum Meinungs- und Faktenaustausch nach Zepfenhan. Sie betonte, dass ihr das Gespräch und der Informationsaustausch mit den Bürgern vor Ort ein wichtiges Anliegen sei.

Ihren Antrittsbesuch bei Landrat und OB in Rottweil nutzte die Grünen-Politikerin zum Gespräch mit den engagierten Bürgern, die von den Gefängnis-Neubauplänen der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung betroffen sind und sich seit 20 Monaten für den Erhalt des Naturparadieses Bitzwald stark machen.

Boser war gerne in die "grüne Hochburg" der vergangenen Landtagswahl: Die Bürger aus Zepfenhan hatten die Grünen mit dem Rekordergebnis von 59,8 Prozent gewählt.

Neben dem Faktenaustausch verschaffte sich der Gast vom Wochenberg aus auch einen Eindruck von der einzigartigen Landschaft am Fuße der "zehn Tausender". Bei einer Begehung des Bitzwalds stand zudem eine Bodenanalyse durch den Bodenkundler Jürgen Kühn an. Bei herrlichem Spätsommerwetter zeigte sich die Bitzwaldregion in ihrer ganzen

Schönheit als unzersiedelte Landschaft weit vor den Toren der Stadt Rottweil, unmittelbar an der Grenze zum Zollernalbkreis.

"Schwammfunktion" des Bitzwaldbodens

Ortsvorsteher Eugen Mager erklärte das großflächige hydrologische Einzugsgebiet des Bitzwalds, und Bodenkundler Kühn erörterte anschaulich die "Schwammfunktion" des Bitzwaldbodens.

Begleitet wurde die Gruppe auch von SWR 4. Sandra Boser betonte wiederholt die Forderung ihrer Fraktion nach einer neuen, fairen Standortsuche. Sie unterstrich die Vorrangigkeit von Konversionsflächen, industriell oder auch militärisch vorgenutzter Böden.

Jochen Baumann, Elmar Hauschel, Hanns Gaußer und Ingeborg Gekle-Maier von der BI und dem NAKU verwiesen darauf, dass die Bürger ein transparentes Planungsverfahren wünschten, an dem sie von Anfang an beteiligt werden. Außerdem wiesen sie eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die veralterten Planzahlen des Haftentwicklungsplans aus dem Jahr 2007 zu aktualisieren. Erst nach einer angepassten Bedarfsfeststellung könne die Grundsatzentscheidung für oder gegen einen großen Gefängnis-Neubau getroffen werden.

Nach einer abschließenden Diskussionsrunde versprach die Grünen-Politikerin, die Informationen nach Stuttgart mitzunehmen.